Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

HANS-GÜNTHER BRÜSKE

Eine neue Mandatsperiode: 1982–1986

Wenn nicht eine britische Initiative um die Jahresmitte 1982 für einige Aufregung gesorgt hätte, dann wären für den Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG (WSA) im Berichtsjahr 1982 die Neuernennung seiner Mitglieder für die 7. Mandatsperiode von 1982–1986, die Besetzung seiner Organe und die Neuwahl seiner Führungsgremien die markantesten Ereignisse gewesen[1]. François Ceyrac (Arbeitgeber-Gruppe), Expräsident des französischen Arbeitgeber-Verbandes[2], sah sich gleich nach seiner Wahl zum WSA-Präsidenten[3] einer unangenehmen Situation ausgesetzt: bei einem Arbeitsessen des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV)[4] am 27. Mai 1982 wurde ausführlich über den WSA gesprochen. Im Nachgang dazu forderte der britische Botschafter dann am 21. Juni in einem Brief an seine Kollegen eine Überprüfung der Stellung und Funktion des WSA. Dem Briten waren drei Punkte aufgefallen:

- Viele Stellungnahmen lagen erst nach der Ratsentscheidung vor,
- diese waren sehr allgemein gehalten,
- der Ausschuß wurde zu oft fakultativ in Anspruch genommen.

Schließlich verlangte der Botschafter noch, die Beziehungen zwischen dem WSA und dem Europäischen Parlament (EP) sowie die anderen praktizierten Konsultationsformen zwischen den Sozialpartnern auf ihre Effektivität hin zu überprüfen[5]. Beim AStV sondierte Präsident Ceyrac die Petita der britischen Regierung. Ihm wurde mitgeteilt, daß sich der WSA zunächst einmal auf die wesentlichen Fragen beschränken müßte. Ferner sollte er kurze, realitätsbezogene Stellungnahmen erarbeiten und diese fristgerecht beim Rat vorlegen, der auch die thematischen Kontroversen innerhalb des WSA dargestellt wissen möchte. Ganz allgemein bestand der Wunsch, den WSA stärker an der Kommissionsarbeit zu beteiligen. Die britische Initiative traf den WSA unvorbereitet; sie verursachte Sorgen und Unsicherheit. Dem Ausschuß wurden seine eigenen, häufig von der Routine und dem ideellen Anspruch verdeckten, Schwächen verdeutlicht. Offensichtlich wurde aber auch die Gefahr, daß die Reduzierung der fakultativen Anfragen zu einer Schrumpfung des WSA-Haushalts führen könnten[6]; über den Hebel Haushalt wären leicht die Flügel eines unliebsamen WSA zu stutzen. – Zum Jahreswechsel 1982/83 konnte der Präsident seinen Ausschußkollegen beruhigend mitteilen, daß der WSA zunächst nicht Ge-

genstand einer prinzipiellen Untersuchung sein wird und daß sein Platz im Organ-Gefüge der EG nicht angetastet werden soll. Mit dem AStV wurde ein ständiger Dialog in der Absicht vereinbart, die Erledigung der AStV-Rügen mittels der Selbsterkennungs- und Selbsthilfekräfte des WSA zu erreichen.

Dem neuen Präsidenten sowie seinen beiden Stellvertretern, Alois Pfeiffer (Arbeitnehmer-Gruppe/Bundesrepublik Deutschland) und Alfons Margot (Gruppe Verschiedene Interessen/Belgien)[7], wurde der Beginn der Amtszeit nicht leicht gemacht. Bei seiner Antrittsrede konnte der Präsident noch selbstbewußt von dem WSA als einer Realität Europas sprechen[8], nach einigen Wochen mußte er jedoch in einem persönlichen Schreiben an alle Ausschuß-Mitglieder eingestehen, daß der Einfluß des WSA auf die Rats-Entscheidungen fast gleich Null ist. Mit dieser „Erkenn-dich-selbst-Taktik" versuchte Ceyrac die immanente Reformfähigkeit des WSA zu aktivieren und konsequenterweise forderte er, in Zukunft klare und energische – rechtzeitig vorliegende – Antworten auf die drängensten Fragen der EG zu geben. Die Dokumente des WSA sollten sich künftig durch ihre Verwendungsfähigkeit auszeichnen.

Der WSA-Präsident wird sich parallel zur institutionellen Stärkung des Ausschusses auch mehr den europäischen Spitzenverbänden nähern müssen. Diese zeigten ein zunehmendes Desinteresse an der Arbeit des WSA; dagegen bedienten sie sich gerne der vom Ausschuß angebotenen Service-Leistungen bei Sitzungen. Sie waren jedoch auch daran interessiert, gemeinsam mit dem WSA Fachkonferenzen zu organisieren.

Die Mitglieder des WSA

Der konstituierenden Sitzung des WSA gingen die nationalen Nominationsverfahren und die Ernennung der Ausschußmitglieder durch den Rat voraus. Dieser faßte seinen Beschluß auf Grundlage der von den zehn Mitgliedstaaten vorgelegten Kandidatenlisten am 21. September 1982. Im Fall der Bundesrepublik Deutschland begann die Kandidatenfindung nach einer entsprechenden Aufforderung durch die Ständigen Vertreter im Frühjahr 1982. Die Federführung bei der Aufstellung der Liste lag beim zuständigen Referat des Bundesministeriums für Wirtschaft. Bei den Verbänden, die dem Geschäftsbereich des Ministeriums direkt zugeordnet sind, fand eine direkte Kontaktaufnahme statt; andere Verbände wurden durch die jeweiligen Fachministerien angeschrieben, die damit in die Lage versetzt waren, verbandspolitische Optionen (zum Beispiel für eine stärkere Berücksichtigung der Umweltschützer) anzumelden und ggf. auch durchzusetzen. Nachdem der bundesdeutsche Listen-Vorschlag das Bundeskabinett passiert hatte, wurde er über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der EG an das Ratssekretariat weitergeleitet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte jeder Mitgliedstaat die Vorschläge der anderen Partner ignoriert. Erst nachdem das Ratssekretariat eine Gesamtübersicht erstellt und diese an die Kommission zur ‚Begutachtung' weitergegeben hatte, ging auch den nationalen Ministerien eine solche Liste zu. Einflußnahmen waren erst zu diesem Zeitpunkt – wenn

daran überhaupt ein Interesse bestand – informell und zwar über die Ständigen Vertretungen oder die Ratsmitglieder möglich. Da solche Demarchen jedoch als Einmischung in nationale Angelegenheiten betrachtet würden, sind sie als problematisch und als politisch unwahrscheinlich anzusehen.

Im neuen WSA sind jeweils die führenden nationalen und europäischen Verbände vertreten. Mit Ausnahme von Griechenland und Großbritannien haben die übrigen Mitgliedstaaten in der Regel jene Verbandsvertreter vorgeschlagen, die dem WSA bereits in der 6. Mandatsperiode angehörten. Bedingt durch den Regierungswechsel wurden zehn von zwölf griechischen Mitgliedern ausgetauscht; die britische Regierung wechselte 13 von 24 Verbandsvertretern aus. Von 156 WSA-Mitgliedern[9] wurden 58 zum ersten Mal in den Ausschuß entsandt[10].

Gruppeninteressen und Gruppenarbeit

Die Fraktionen vergleichbaren Gruppen des WSA bestimmten ebenfalls nach ihrer Konstituierung ihre Führungsgremien neu. Zwei deutsche Gruppen-Vorsitzende wurden in ihrer Funktion bestätigt: Hans-Werner Staratzke bei den Arbeitgebern (I) und Käte Strobel bei der Gruppe der Verschiedenen Interessen (III). Die Arbeitnehmergruppe (II) wählte für die nächsten zwei Jahre den Niederländer J.M.W. van Greunsven zu ihrem neuen Vorsitzenden[11].

Zwei griechische Vertreter des Handels und Handwerks fanden zunächst keine Gruppe, die sie aufnehmen wollte. Es kamen Zweifel an der Repräsentativität dieser Verbandsfunktionäre auf, nachdem der griechische Dachverband diese in einem Telex infrage stellte. Der Dachverband hatte andere Kandidaten vorgeschlagen. Die beiden dann von der griechischen Regierung vorgeschlagenen und ihr genehmeren Funktionäre wurden schließlich, nachdem sie ihre Repräsentativität und ihre Kompetenz dokumentiert hatten, jeweils von den Gruppen I und III aufgenommen.

Einhellig begrüßten die Gruppen die Neuerung, derzufolge der WSA-Präsident vor den Plenarsitzungen mit den Vizepräsidenten und den drei Gruppenvorsitzenden konferiert. Spannungen zwischen den Gruppen zeigten sich dagegen bei der Fachgruppen-Arbeit und bei der Inanspruchnahme des Initiativrechtes. In einem Fall statuierte die Arbeitgeber-Gruppe ein Exempel, indem sie entgegen der geübten Praxis des Nicht-Nachzählens verlangte, daß einer Initiativ-Befassung die Mehrheit der Ausschußmitglieder zustimmen müsse. Übereinstimmung herrscht dagegen bei allen Gruppen, die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ggf. auch zu Ungunsten der Kommission zu forcieren.

Die Gruppe I legte 1982 mehr Gewicht auf die kontroverse Abgrenzung zu den beiden anderen Gruppen. Innerhalb der Gruppe gab es Spannungen beim Thema „Kennzeichnung des Ursprungslandes". Hier spalteten sich die Gruppenmitglieder nach nationalen Gesichtspunkten. Inhaltliche Schwerpunkte der Gruppenarbeit waren: die Bewältigung der Arbeitslosigkeit, die Erreichung ei-

nes vernünftigen Wirtschaftswachstums und die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze[12]. Die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und des WSA war dieser Gruppe ebenso ein Anliegen wie die Suche nach neuen politischen Impulsen für die europäische Einigung. Da die Gruppe I 1982 die Hälfte aller Berichterstatter stellte, konnte sie für diese Optionen nachdrücklich werben. Sie tat dies auch im Wege ihrer Kooperation mit den europäischen Berufs- und Fachverbänden.

Ihrem Selbstverständnis nach vertritt die Gruppe II exklusiv die Gewerkschaftsorganisationen der Mitgliedstaaten[13] und damit dann auch die Interessen der EG-Arbeitnehmer. Verständlicherweise gab es bei dieser Gruppe eine thematische Fixierung auf die Bewältigung der Arbeitslosigkeit sowie auf die Verringerung der Arbeitszeit[14]. Ein anderer – noch zu erweiternder – Schwerpunkt war der Problemkreis AKP-Staaten. Ein wichtiges Ereignis stellte für die Gruppe II die positive Aufnahme der Vredeling-Vorschläge bezüglich der Arbeitnehmermitbestimmung in multinationalen Unternehmen durch den WSA dar[15]. Mit dem Parlament wurde 1982 eine verstärkte Kooperation gesucht; die Vergrößerung der Einflußnahme des WSA bleibt allerdings auch weiterhin ein vorrangiges Ziel der Gruppe II.

Innerhalb der Gruppe III stellten sich im Verlauf der Agrarpreisdiskussion die gewohnten Dissonanzen zwischen den landwirtschaftlichen Produzenten und den Verbrauchern ein. Diese ‚Erblast' kontrastiert mit der sonst von der Gruppe beanspruchten Dialogbereitschaft und -fähigkeit[16]. Das Selbstwertgefühl der Gruppe wurde 1982 dadurch aber nicht erheblich geschwächt. Der bundesdeutschen Vorsitzenden Käte Strobel gelang es sogar, die vielen neuernannten Mitglieder der Verschiedenen Interessen schnell in die Gruppe zu integrieren, die sich auch weiterhin – was die beiden anderen Gruppen nicht so sehen – als Wahrer und Vertreter der Pluralität des Wirtschafts- und Soziallebens der EG versteht[17].

Im Überblick: die Arbeit des Ausschusses im Jahr 1982

Das politische Auf-der-Stelle-Treten der EG korreliert in Bezug auf den WSA mit einem statistisch klar erkennbaren Rückgang der vom Ausschuß erarbeiteten Dokumente: 1982 verfaßte er 83 Stellungnahmen (1981 waren es noch 114), von denen 54 auf fakultativen (51 vom Rat und drei von der Kommission) und 18 auf obligatorischen Anfragen beruhten. Zu diesen vertraglich abgesicherten Arbeiten kamen neun Initiativ- und zwei ergänzende Stellungnahmen. Drei Grundsatzstudien (Regionalpolitik, Forschung, Außenbeziehungen) und zwei Informations-Berichte (Fettstoffe, Beziehungen EG-USA) rundeten die Expertentätigkeit des Ausschusses ab[18].

Die Agrarpreisvorschläge der Kommission spalteten den WSA erneut. Die schließlich mit knapper Mehrheit verabschiedete Stellungnahme fand nicht die Zustimmung der im WSA vertretenen Agrar-Lobby, die der Mehrheit „Verbraucherfreundlichkeit" vorwarf. Viele andere agrarpolitische Optionen der

EG fanden dagegen eine breite Zustimmung im WSA[19]. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Ausschuß der Problematik der mediterranen Landwirtschaft und hier den Folgen des spanischen Beitritts. – Ein Novum stellte die erste gemeinsame Sitzung der Fachgruppe Verkehr und Kommunikationsmittel des WSA mit dem Verkehrsausschuß des EP dar. Für den Verkehrssektor erstellte der WSA eine Initiativstellungnahme, in der er den Durchbruch zu einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik forderte, die dem Wettbewerb soviel Spielraum wie möglich lassen sollte, die sich aber auch an den Interessen des Gemeinwohls zu orientieren hat[20]. Neben der Stellungnahme zu dem Vredeling-Vorschlag[21] befaßte sich der WSA u.a. noch mit der Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft[22], der Chancengleichheit der Frau[23] und der freiwilligen Teilzeitarbeit[24]. In der Stellungnahme zum Jahreswirtschaftsbericht der Kommission[25] akzeptierte der WSA eine Mäßigung des Anstiegs der Lohnkosten, um dadurch neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Mit seiner Initiativstellungnahme zur Wirtschaftslage der Gemeinschaft[26] plädierte der Ausschuß für den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, für eine konvergente Wirtschaftspolitik und für arbeitsplatzschaffende Investitionen.

Bei den Debatten über die Gestaltung und die Zukunft der EG-Regionalpolitik wurde im WSA dafür eingetreten, die Beteiligung der betroffenen Gebietskörperschaften zu intensivieren[27]. – Auf zwei Themenbereiche konzentrierte sich die Arbeit des WSA im Bereich der Industriepolitik. Zum einen ging es um „Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen in der EG"[28] und zum anderen um die drängenden Probleme der anfälligen Textilindustrie[29]. Viel Aufmerksamkeit widmete der WSA auch den Außenbeziehungen. Seine Studie über „Die Außenbeziehungen der EWG – Bilanz und Kohärenz"[30] enthält z.B. die Forderung nach einem Prioritätenkatalog über die gemeinschaftlichen Zielsetzungen. Bei den Beratungen über das Allgemeine Präferenzsystem äußerte der WSA Vorbehalte, die hieraus hervorgehenden Begünstigungen auch auf einige Staatshandelsländer auszudehnen. Der richtungsweisende Informationsbericht über „Die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten"[31] legt ein weiteres Zeugnis über die Qualität der Arbeiten der Fachgruppe Außenbeziehungen ab. Im Bereich der Energiepolitik plädierte der WSA wiederholt für die Verringerung der Ölabhängigkeit bei gleichzeitiger Abstimmung der Energie- mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das „Dritte Aktionsprogramm der Gemeinschaft für den Umweltschutz (1982–86)"[32] wurde vom Ausschuß einstimmig gebilligt.

Ausblick

Der 1982 eingetretene Grad an Desillusion über den Einigungsprozeß Europas lähmte unbestreitbar auch den WSA. Wenn dieser nun, wie es sein Präsident formulierte, „die Kontinuität des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und seiner konkreten Erfordernisse"[33] darstellt, wäre es zu wünschen, daß die Mitglieder des WSA diese Etikettierung durch eine ebensolche positive Identität bzw.

zumindest Solidarität in Wort und Tat ergänzten. Jetzt, da die Konsultations-Kompetenz und -rolle des WSA ins Gerede gekommen sind, können Zeichen gesetzt werden, z.B. durch eine stärkere Hinwendung zur Kommission und zum EP, wobei das Parlament durch seine legislative Komponente für den Ausschuß mehr Attraktivität besitzt. Die prägende Funktion der Kommission sollte jedoch nicht vernachlässigt werden. Als Perspektiven für die Zukunft bieten sich dem WSA Themen wie die Stärkung des Binnenmarktes, die Datenverarbeitung, die Raumfahrt und die Technologie an, die alle die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EG erheblich tangieren. Die von Präsident Ceyrac diagnostizierte Bedeutungslosigkeit des Ausschusses könnte nicht zuletzt dadurch abgebaut werden, daß die vielen beratenden Ausschüsse innerhalb der EG mehr an den Ausschuß angebunden werden, womit schließlich auch finanzielle Einsparungen einhergehen könnten. Selbst wenn die ‚institutionelle Großwetterlage' auch für den WSA ausschlaggebend ist, hängt die Verteidigung seiner Stellung nicht zuletzt von seiner Reformfähigkeit, d.h. auch der Korrektur der organisatorischen Schwächen, ab. Die bloße Verbesserung der Publizität des Ausschusses, über die sich eine ad hoc-Arbeitsgruppe aus Mitgliedern Gedanken macht, stellt nur eine momentane und ornamentale Erleichterung dar.

1983 wird der WSA feierlich sein 25-jähriges Jubiläum begehen. Es bleibt abzuwarten, ob aus diesem Anlaß auch fundamentale (Selbst-)Reflexionen angestellt werden, die die häufig bloß verbale und inhaltsleer anmutende Idealisierung der EG durch den WSA aufgreifen und sie analysierend in bezug zur administrativen Erstarrung des Ausschusses setzen. Vielleicht könnte eine Gutachter-Studie – analog zum Spierenburg-Bericht – Wege der Selbsterneuerung aufweisen.

Anmerkungen

1 Die Liste der WSA-Mitglieder ist im ABl. der EG, Nr. C 272 vom 15. Oktober 1982 veröffentlicht; vgl. ferner Dok. CES 655/82, das ausführliche Angaben über die Mitglieder enthält.

2 Conseil National du Patronat Français – CNPF. Dieser Verband war in der Anfangszeit ein dezidierter Gegner der EG.

3 Zuletzt war von 1974–76 mit Henri Canonge aus der Gruppe der Verschiedenen Interessen ein Franzose Präsident des WSA. Mit der Wahl Ceyracs bewies der Ausschuß, daß er sich bei der Vergabe der Präsidentschaft nicht unbedingt an das rotierende Verfahren bezüglich der nationalen Zugehörigkeit des Präsidenten hält, denn vor der Wahl Ceyracs hatte die Vermutung nahegelegen, daß ein bundesdeutscher Arbeitgebervertreter Präsident des WSA würde. Bisher hat noch kein Vertreter dieser deutschen Gruppierung den Vorsitz des WSA übernommen. Von den Gewerkschaften präsidierten Ludwig Rosenberg (1960–62) und Alfons Lappas (1972–74) den Ausschuß. Mit der Wahl Ceyracs, die im europäischen Dachverband der Unternehmer (UNICE) vorgeklärt wurde, optierte der Ausschuß für eine im europäischen Verbandswesen einflußreiche und anerkannte Persönlichkeit, wobei der Verzicht der deutschen Arbeitgeber auf diese Position beachtlich war und als positives Zeichen für die Homogenität der Gruppe I und das Selbstverständnis des WSA angesehen werden muß.

4 Französisch: COREPER (Comité des Représentants Permanents).

5 Vgl. hierzu auch VWD-Europa, Nr. 194 vom 9. Oktober 1982.
6 Die statistischen Kosten für eine Stellungnahme betragen ca. DM 500 000,–, wenn man das Haushaltsvolumen durch die Anzahl der abgegebenen Stellungnahmen dividiert.
7 Die Liste der Präsidiums-Mitglieder ist in ABl. der EG, C 284 vom 29. Oktober 1982 abgedruckt.
8 Vgl. WSA-Bulletin, Nr. 8–9/1982, S. 6; weitere Standortbezeichnungen und Selbsteinschätzungen von Ausschußrepräsentanten finden sich im Jahresbericht des WSA 1982, Brüssel 1983, S. 5–12; vgl. ferner die am Ende angegebene weiterführende Literatur.
9 Von der Möglichkeit, sich bei den Beratungen der Studiengruppen durch einen persönlich ernannten Repräsentanten vertreten zu lassen, haben für die nächsten vier Jahre durch eine schriftliche Erklärung an das Präsidium zunächst 49 Mitglieder Gebrauch gemacht.
10 Frauen werden auch weiterhin im Ausschuß extrem unterrepräsentiert sein: unter 156 Mitgliedern sind zehn weibliche Verbandsvertreter. Vier davon kommen aus der Bundesrepublik Deutschland.
11 Auch die Fachgruppen wählten für zwei Jahre neue Vorsitzende; vgl. die Aufstellung im Dok. CES 657/82.
12 Vgl. Jahresbericht 1982, a.a.O., S. 61f.
13 Ebenda, S. 63f.
14 Siehe ebenda.
15 Dok. CES 82/82.
16 Vgl. Jahresbericht 1982, a.a.O.,S. 65.
17 Siehe ebenda.
18 Die meisten Stellungnahmen fertigte die Fachgruppe Landwirtschaft (19) an; die Fachgruppe für Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen verfaßte 13 Dokumente, gefolgt von der Fachgruppe für Energie- und Atomfragen mit zehn und der für Umweltschutz, Gesundheitswesen und Verbrauch mit neun Stellungnahmen. Zu den Beratungen wurden 238 Sachverständige herangezogen. Alle Stellungnahmen werden im Jahresbericht 1982, S. 96–113, aufgeführt.
19 Vgl. Jahresbericht 1982, S. 13–18.
20 Dok. CES 741/82: Die Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik.
21 Dok. CES 82/82: Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von Unternehmen mit komplexer, insbesondere transnationaler Struktur. Die Arbeitgeber-Gruppe gab hierzu ein Minderheitsvotum ab.
22 Vgl. Dok. CES 556/82.
23 Vgl. Dok. CES 385/82.
24 Vgl. Dok. 384/82.
25 Dok. CES 921/82.
26 Dok. CES 555/82.
27 Vgl. Dok. CES 916/80 fin.
28 Dok. CES 474/82.
29 Andere Themen waren: Die Wettbewerbspolitik, die Informationstechnologie, das Gesellschaftsrecht und die Zollharmonisierungen.
30 Dok. CES 440/81 fin.
31 Dok. CES 544/82 fin. Dieses Thema wird Gegenstand einer Initiativ-Stellungnahme werden.
32 Dok.CES 478/82.
33 Jahresbericht 1982, S. 6.

Weiterführende Literatur

Bernard, Nadine, Claude Laval u. André Nys, Le Comité Economique et Social, Bruxelles: Ed. de L'Université Libre de Bruxelles 1972.

Brüske, Hans-Günther, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft. Die institutionalisierte Interessenvertretung als Faktor der europäischen Integration, o.O.: Schäuble-Verlag 1979.

Ders., Der Wirtschafts- und Sozialausschuß, in: EG-Magazin, Bonn, Februar 1980, S. 12–14.

Schoneweg, Egon, Neue Aspekte institutionalisierter Interessenvertretung in der EG. EP, WSA, Dreierkonferenz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1978, H. 2, S. 192–200.

Schwaiger, Konrad u. Emil Kirchner, Die Rolle der Europäischen Interessenverbände. Eine Bestandsaufnahme der Europäischen Verbandswirklichkeit, Baden-Baden: Nomos-Verlag 1981.

Teisseire, Jean-Pierre, Le Comité économique et social: organe accessoire ou institution à part entière, in: Administration, Revue d'étude et d'information, Paris 1982, Nr. 117, S. 68–80.